

NEWSLETTER

POLITIK AUF DEN PUNKT GEBRACHT.

Ausgabe vom 03. März 2023



Liebe Leserinnen und Leser,

der März bringt vielerlei Veränderungen mit sich. So fallen unter anderem nahezu alle Corona-Beschränkungen weg und die Preisdeckelung im Energiebereich wird wirksam.

Vor einem Jahr, in den frühen Morgenstunden am 24. Februar 2022 überfiel Russland die Ukraine, seit einem Jahr ist Krieg in Europa. Das menschliche Leid, das Russland über die Ukraine gebracht hat, ist unermesslich. Russland hat die Grundlagen der internationalen Ordnung infrage gestellt - die völkerrechtlichen Prinzipien der territorialen Integrität und der politischen Souveränität.

Wir sehen Bilder von zerstörten Städten, Nachrichten von Verletzten und Toten, Geschichten über tapfere und unerschütterliche Menschen, die fast alles verloren haben und noch immer ihr Land verteidigen. Für uns ist klar: Wir müssen der Ukraine weiter helfen – humanitär, finanziell und auch militärisch.

In einer von uns beantragten Aktuellen Stunde haben wir die Aufklärung der Rolle von SPD-Ministerpräsidentin Manuela Schwesig im Rahmen der Vorgänge um die Klimastiftung in Mecklenburg-Vorpommern gefordert, die vom russischen Unternehmen Gazprom 2021 ein Vermögen von 20 Mio. Euro erhielt. Es kam zu „Pannen“ in der Finanzverwaltung in Zusammenhang mit einer „verloren gegangenen“ Schenkungssteuererklärung von über 10 Mio. Euro. Wir fordern eine lückenlose Aufklärung.

Über diese und weitere aktuelle Themen der Sitzungswoche berichte ich Ihnen im Folgenden. Ich wünsche Ihnen eine besinnliche Fastenzeit und alles Gute,

Ihr

Hermann Färber
Hermann Färber MdB

Inhalt

Aktuelle Stunde zur
Klimastiftung

Zeitenwende und
Jahrestag des
russischen
Angriffskriegs

Sonstige Themen
der Sitzungswoche:
Migrationspolitik
und
Inflationszuschuss

Terminvorschau



Zeitenwende und ein Jahr russischer Angriffskrieg

Eine Zeitenwende in der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik hat Bundeskanzler Olaf Scholz vor knapp über einem Jahr in einer Sondersitzung des Deutschen Bundestages angekündigt. Die Unionsfraktion hat dies begrüßt und unterstützt. Nach gut einem Jahr stellen wir allerdings fest, dass die Zeitenwende größtenteils nur auf dem Papier stattfindet:

- Die Mittel aus dem Sondervermögen für die Bundeswehr sind nur zu einem geringen Teil verausgabt. Der Verteidigungshaushalt ist im Haushaltsjahr 2023 nicht angestiegen, sondern um fast 300 Mio. Euro gesunken.
- Für die Reform des Beschaffungswesens fehlen der Bundesregierung die Kraft und der politische Wille.
- Der Bundeskanzler ist Getriebener der europäischen und transatlantischen Verbündeten – insbesondere in Punkto Unterstützung der Ukraine mit Rüstungsgütern.
- Die Nationale Sicherheitsstrategie liegt aufgrund Ampel-interner Streitigkeiten immer noch nicht vor.

Die Unionsfraktion unterstützt nach wie vor das Ziel einer echten Zeitenwende. Die Vollaussattung der Bundeswehr und die Erfüllung des 2-Prozent-Ziels der NATO beispielsweise sind langstehende Forderungen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Bei der Einrichtung des Sondervermögens haben wir zudem durchgesetzt, dass diese Mehrausgaben ausschließlich der Bundeswehr zugutekommen.

Die Erstellung der Nationalen Sicherheitsstrategie muss nun zügig abgeschlossen, die Reform des Beschaffungswesens angepackt und die Mittel des Sondervermögens müssen schnellstens konkret verausgabt werden. Darüber hinaus sollte die Unterstützung der Ukraine mit einem tragbaren Konzept für Logistik, Ausbildung und Instandsetzung versehen werden und nicht vom politischen Tagesgeschäft getrieben sein.

Die Aufarbeitung des russischen Angriffskriegs muss ebenso Teil der Zeitenwende sein. Dazu forderten wir in einem Antrag die Einsetzung eines internationalen Sondertribunals als funktionale Erweiterung des Internationalen Strafgerichtshof, um russische Kriegsverbrechen in der Ukraine aufzuklären.

Links

Link zur Debatte: <https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2023/kw09-de-regierungserklaerung-kanzler-933824>

Migrationspolitischen Sonderweg in Europa sofort beenden

In den vergangenen Monaten ist – auch über den Zuzug ukrainischer Kriegsflüchtlinge hinaus – die Zahl der Asylgesuche in Deutschland stark angestiegen. Vor allem seit Herbst 2022 hat sie nochmals deutlich zugenommen. Länder und Kommunen geraten dadurch vielerorts enorm unter Druck, da die Kapazitäten zur Aufnahme erschöpft sind.

Eine weitere Verschärfung der Lage ist angesichts des weiteren Kriegsverlaufs in der Ukraine und der prekärer werdenden Situation von fast vier Millionen Syrern in der Türkei nicht auszuschließen. Aus diesem Grund fordern wir einen Anreizstopp für irreguläre Migration nach Deutschland und Europa. Wir stehen zu unseren humanitären Verpflichtungen – aber die Aufnahmekapazitäten müssen den tatsächlich Schutzbedürftigen zugutekommen. Die dramatische Migrationslage muss in der Bundesregierung endlich Chefsache werden.

Inflationszuschuss für Leistungsträger im Rettungs- und Gesundheitswesen einführen

Medizinische Fachangestellte (MFA), Zahnmedizinischen Fachangestellte (ZFA) sowie die Beschäftigten im Rettungswesen verdienen die gleiche Anerkennung für deren Leistung in der Corona-Pandemie wie Intensivpflege- und Pflegefachkräfte sowie Beschäftigte in der Langzeitpflege. Die Union fordert von der Bundesregierung, unverzüglich einen bundesweiten Inflationszuschuss von mindestens 500 Euro für die Leistungsträger im Rettungs- und Gesundheitswesen, die von der Bundesregierung nicht mit dem Coronabonus bedacht wurden. Dieser Zuschuss muss über das Einkommensteuergesetz auf den Weg gebracht und die notwendigen Mittel hierfür zur Verfügung gestellt werden.

Die Union drängte seit letztem Frühjahr darauf, das Pflegebonusgesetz in diesem Punkt rechtzeitig zum Auszahlungszeitraum zwischen dem 18.11.2022 und 31.12.2022 entsprechend nachzubessern und zu vervollständigen. Wir haben jetzt eine veränderte Situation im Gesundheitsbereich als zu Beginn und im Verlauf der Pandemie. Die Bundesregierung muss daher die Regelungen anpassen, um nun eine Ungleichbehandlung der Beschäftigten in diesem ohnehin von hoher Arbeitsbelastung geprägten Sektor zu vermeiden.

Mit dem jetzt geforderten Inflationszuschuss sollen von den gestiegenen Lebenshaltungskosten betroffene Beschäftigte im Gesundheits- und Rettungswesen unterstützt werden. Kliniken, Praxen und Unternehmen sollen aus diesem Grund die genannten Berufsgruppen zur Abmilderung der gestiegenen Verbraucherpreise im Rahmen des Einkommenssteuergesetzes entlasten.



Bildquelle: Canva.



Bildquelle: Canva.

Internationaler Tag des Artenschutzes

Der Welttag des Artenschutzes geht auf eine Resolution der Generalversammlung der Vereinten Nationen von 2013 zurück. Seitdem wird an jedem 3. März an das Washingtoner Artenschutzübereinkommen von 1973 erinnert. Dieses nach seiner englischen Abkürzung auch CITES (Convention on International Trade in Endangered Species of Wild Fauna and Flora) genannte Übereinkommen ist damit das älteste der großen internationalen Umweltschutzabkommen, dem sich bislang 184 Länder verpflichtet haben. Es dient dem Schutz bedrohter und gefährdeter Tier- und Pflanzenarten vor der Dezimierung durch unkontrollierten Handel.

Alle zwei bis drei Jahre werden auf der Konferenz aller Vertragsstaaten Neuaufnahmen weiterer gefährdeter Arten in die Anhänge des Übereinkommens oder Anpassungen des Schutzstatus von bereits gelisteten Arten verhandelt. Bei der Anpassung des Schutzstatus sollte in Zukunft auf aktuelle Entwicklungen noch gezielter reagiert werden, etwa bei einem rasanten Rückgang oder der Stabilisierung von Beständen. Nur so erhalten wir die Akzeptanz für den Artenschutz in der Bevölkerung.

Das seit 50 Jahren geltende Verbot hat viel erreicht, doch es sind weltweit immer noch tausende Tier- und Pflanzenarten vom Aussterben bedroht. Wir wissen, dass die Vielfalt der Pflanzen und Tiere einen gewaltigen Einfluss auf unser Nahrungsangebot und auf unser Klima hat. Biodiversität sichert die menschlichen Lebensgrundlagen: Die Vielfalt an Arten und Lebensräumen, wie etwa Wäldern und Mooren, liefert Rohstoffe und Nahrung, filtert Schadstoffe, speichert Kohlendioxid und sorgt für frische Luft und fruchtbare Böden. Deswegen wird Biodiversität auch global geschützt.

Dieses Jahr lautet das Motto „Partnerships for Wildlife Conservation“ - Partnerschaften für den Artenschutz. Und genau das braucht es, damit alle an einem Strang ziehen. Politik, Wirtschaft und Verbraucher sind auf regionaler, europäischer und globaler Ebene gefordert. Auch unsere Landwirtinnen und Landwirte, Forstwirtinnen und Forstwirte leisten einen wichtigen Beitrag, denn für sie geht es um alles - es geht um die Grundlage ihres Wirtschaftens. Nur eine nachhaltige klima- und ressourcenschonende Vorgehensweise garantiert, dass wir unsere natürlichen Ressourcen weiterhin erhalten und nutzen können.

Terminvorschau

- 03. März: Gauversammlung des schwäbischen Albvereins Fils-Gau in Geislingen an der Steige
- 06. März: Sitzung des CDU-Kreisvorstands in Bad Ditzenbach-Gosbach
- 07. März: Austausch mit den IG Metall Senioren zu aktuellen Themen in Geislingen
- 09. März: Ausstellungseröffnung der Wanderausstellung "Baden-Württemberg erzählt" in Geislingen
- 10. März: Besuch einer Klasse des Wirtschaftsgymnasiums in Geislingen
- 12. März: Ehrung der Sportler des Jahres 2022 in Salach
- 13. März: Digitales Fachgespräch der CDU/CSU-Fraktion zum Thema "Barrieren abbauen – Bewusstsein schaffen – Teilhabe für alle und überall ermöglichen"
- 16. März: Unions-Talk-Agrar zum Thema MERCOSUR-Freihandelsabkommen

Links

Zu meiner Homepage gelangen Sie hier: www.hermann-faerber.de

Pressemitteilungen

Die aktuellen Pressemitteilungen finden Sie ebenfalls auf meiner Homepage.

Kontakt

Wahlkreisbüro
Heidenheimer Straße 68, 73079 Süßen
Telefon: 07162 3057057

Berliner Büro
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon: 030 22 77 36 58

Email: hermann.faerber@bundestag.de